

armee mit Einheiten der auf dem Territorium unserer Republik stationierten Truppen der Sowjetarmee durchführten.

In der Vergangenheit hat sich die Wirksamkeit des Warschauer Vertrages vielfach bewiesen. Die Angehörigen der bewaffneten Kräfte der Teilnehmerstaaten stehen gemeinsam mit der chinesischen Volksbefreiungsarmee und den Armeen der anderen sozialistischen Länder beim Kampf um die Gewährleistung der Sicherheit unserer Länder und zum Schutze der sozialistischen Errungenschaften in vorderster Front.

Trotz der Fortführung der Politik der Stärke und des kalten Krieges durch die NATO-Mächte unternehmen unsere Regierungen immer wieder neue Schritte zur Beseitigung der Kriegsgefahr. Der Vorschlag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ging bekanntlich von der Volksrepublik Polen aus und fand die vollste Zustimmung der Tschechoslowakischen Republik und unserer Republik. Der Vorschlag der Sowjetunion an die NATO-Staaten, die Garantie für das Verbot der Anwendung der Atomwaffen auf die zu dieser Zone gehörenden Länder zu übernehmen, wurde von den friedliebenden Völkern auf das lebhafteste unterstützt.

Die im Mai dieses Jahres in Moskau durchgeführte Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragspartner unternahm mit dem Vorschlag, einen Nichtangriffspakt zwischen den Mitgliedern des Warschauer Vertrages und der NATO abzuschließen, eine neue Initiative zur Minderung der internationalen Spannungen. Die Warschauer Vertragspartner lassen ganz im Gegensatz zu den NATO-Staaten ihren Worten aber auch Taten folgen. Davon zeugt der Beschluß der Sowjetunion im März dieses Jahres, die Versuche mit atomaren Waffen einseitig einzustellen, und die im Mai in Moskau beschlossene Reduzierung der Truppen des Warschauer Vertrages um weitere 419 000 Mann.

In der Deklaration, die bei den Werktätigen unserer Republik einmütige Zustimmung gefunden hat, wurde darauf hingewiesen, daß die Organisatoren der NATO ihre Kriegsvorbereitungen mit der heuchlerischen Berufung auf die Gefahr des internationalen Kommunismus zu tarnen versuchen. Die Teilnehmerstaaten erklärten jedoch zum wiederholten Male: Sie, wie auch die sozialistischen Staaten Asiens, haben keine Ursache, andere Länder zu überfallen oder